

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Riesner
Jahrgang Nr. 81.
Verlag Nr. 22.

Verlagsort:
Dresden 1100.
Verlag Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptstaatsanwalts Reichens behördlichseits bestimmte Blatt.

Nr. 54.

Sonntag, 8. März 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Umzuges von Produktionsverrichtungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachlieferung vor. Änderungen für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. Nummer des Monatsheftes (6 Blätter) 25 Gold-Pfennige; die 20. Nummer des Monatsheftes 100 Gold-Pfennige; zeitunabhängig und tabellarisch Satz 50, Kuffling, Hoff, Lantz. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogener oder durch den Betrieb der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen. — Bei der Ausgabe "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Abnahmeort und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Hauptstraße 56. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Sinn der polnischen Wahlen.

Den bevorstehenden polnischen Wahlen kommt eine entschieden größere Bedeutung zu als lediglich die einer Neuwahl des Parlamentes. In der Zeit von den letzten Wahlen in Polen bis heute haben sich im Lande veränderte und umwälzende große Geschehnisse ereignet, die, in Widerspruch mit der Verfassung, jetzt einer Sanktion bedürfen. Der tiefere Sinn der kommenden Wahlen liegt auch in der Tatsache, daß die polnische Regierung, besser gesagt, der polnische Nationalkongress, eine wesentliche Verfassungsänderung zu ermöglichen. Wenn auch in Polen heute jedermann weiß, daß das Ergebnis der Wahlen die Pläne Piłsudski's sicherstellen wird oder nicht, so weiß aber kein Mensch, wie in Wirklichkeit die Absichten Piłsudski's aussehen, in welcher Art er eine Veränderung der Staatsverfassung einleiten lassen will, und welche Umwandlung die polnische Staatsform nach den Wahlen erfahren soll. Ueber alle seine Absichten schweigt sich Piłsudski gründlich aus. Das einzige, was er durchgesprochen hat, ist der Wahltag seines Blokes, der infolgedessen von vornherein mit recht beträchtlichen Schwierigkeiten in den Wahlkampf eintritt, weil er den Wähler der Wähler nicht mit einem ausgearbeiteten und formulierten Wahlprogramm dienen kann.

Marshall Piłsudski begründete seinen einstigen Wunsch mit der Notwendigkeit, dem Parteienwesen und der Zersplitterung des Volkes zu fernern, da dieses Unwesen und diese Zersplitterung der politischen Ansichten die Ausgestaltung des polnischen Heerwesens und auch die Stabilisierung einer polnischen Außenpolitik in großen Höhen beeinträchtigt. Der polnische Marshall vertritt den Standpunkt, daß diese beiden Interessenprobleme des Staates, also die Ausgestaltung des Heeres und die Führung der Außenpolitik, aus dem Bereich eines Parteihabers hinausgezogen werden müßten, was nur geschehen könne durch die Gründung eines regierungslosen Blokes und eines möglichst bestimmenden Wahlgesetzes dieses Blokes.

Die Regierung Piłsudski's hat in den letzten Jahren und insbesondere auch in diesen letzten Monaten vor der Wahl energisch versucht, die Parteienzersplitterung im Lande durch den Versuch einer Zusammenfassung der kleineren Parteien zu größeren Parteien zu beilegen. Man hat sich bemüht, daß diese Bemühungen der Warschauer Regierung ein recht positives Resultat erlitten haben. Einige Zahlen können diese Tatsachen bezeugen: Bei den letzten polnischen Wahlen im Jahre 1922 wurden den Behörden nicht weniger als 21 verschiedene Wahllisten überreicht. Gerade diese parteipolitische Zersplitterung des öffentlichen Lebens hat dann Piłsudski zum Hauptverwand seiner Mai-Revolution gemacht, schließlich auch zu dem Verprechen, daß durch sein Eingreifen diese Zersplitterung sich unbedingt bessern würde. Was hat der polnische Marshall in den Jahren seiner unumkehrten Nachbesserung in dieser Beziehung erreicht? Es ist ihm nicht nur gelungen, die Parteienzerrüttung im Lande zu mildern, er hat sogar das schier unsagbare fertig gebracht, diese Zersplitterung noch wesentlich zu verstärken. Für die kommenden Wahlen wurden nämlich sage und schreibe 25 Wahllisten den Behörden überreicht, von den zahlreichen anderen sogenannten wilden Listen ganz zu schweigen. Schon ein kurzer Blick auf die Wählermassen, die sich in diesen zahlreichen Listen zusammengefunden haben, läßt erkennen, daß alle diese Gruppen innerlich weder durch eine gemeinsame Weltanschauung, noch durch gemeinsame wirtschaftliche oder Berufsinteressen verbunden sind. Jede einzelne Wählergruppe setzt ein kann zu lebendigen Durcheinander von Forderungen, Parteihandpunkten und Überzeugungen, die sich auch in keinem einzigen Fall auch nur annähernd auf eine gemeinsame Linie bringen lassen. Man hat festzustellen, daß nicht einmal die polnische Sozialdemokratie gemeinsam in den Wahlkampf ziehen, daß sie zersplittert in eine sogenannte Polnische Sozialistische Partei und eine Sozialistische Bauernpartei. Man hat weiterhin festzustellen, daß auch die oppositionellen Rechtsparteien zersplittert sind. Man hat festzustellen, daß die Christlich Nationalen in zwei Gruppen aufmarschieren, in einer Gruppe, die die Politik Piłsudski's rühmt, und in einer Gruppe, die ihr schärfste Feinde ansagt. Eine bestimmende Rolle bei den Wahlen könnte allenfalls die zustandgekommene Koalition zwischen der Partei Korwintus und der Partei der Großbauern spielen. Aber auch in den Reihen dieses kleinen Blokes gibt es die verschiedenartigsten Weltanschauungen, sowohl kultureller als auch sozialer und parteipolitischer Art. Dasselbe, was sich von den Parteien außerhalb des Regierungsblokes sagen läßt, läßt sich auch ableiten auf die Koalitionsgruppe; die Piłsudski zustandgebracht hat. Auch dieser Regierungsbloke setzt ein ziemlich dunkler Disharmonien. Man findet unter ihnen Konservern, Großgrundbesitzer, Kleinrentner, lokale Elemente der Arbeiter, jüdische Organisationen usw. Das eine, was diesen Bloke überhaupt zusammenhält, ist der Name Piłsudski. Wenn er auch bis zum Tage seines Zusammengehens behalten dürfte, so ist es doch sehr zweifelhaft, ob er sich lebensfähig erweisen wird, wenn einmal die parlamentarischen Arbeiten mit ihren verschiedenartigen Interessen eingeleitet haben. Der Bloke Piłsudski's, ausgestattet mit den Machtmitteln der Regierung und einem großen Wahlmandat, entfaltet zwar eine recht großartige Propaganda, und zwar eine Wahlpropaganda, die sich Mittel bedient, die schon recht viel über den Rand angeht. Seine Chancen für die Wahl können aber in keiner Weise günstiger bezeichnet werden, als die Absichten der übrigen Parteien. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Wählermassen Polens sich zu einem selbständigen Bloke gefunden haben, der sich aus Deutschen, Ukrainern, Weißrussen und Juden zusammensetzt. Mit ziemlicher Bestimmtheit kann schon jetzt gesagt werden, daß der Wählerblock zum mindesten seinen allen parlamen-

Vor der Tagung des Völkerbundsrats.

Die Rats-Initiative.

Nach der nunmehr abgeschlossenen Aussprache über die deutschen Sicherheitsanregungen hat sich der Sicherheitsausschuß in Genf jetzt dem wichtigsten Punkt seiner Tagesordnung zugewandt. Der Kernpunkt der Auseinandersetzungen bewegt sich um die Frage der sogenannten Rats-Initiative. Von der französischen Gruppe, d. h. von Frankreich, Polen, Belgien und den Nationen der kleinen Entente, wird bekanntlich die Forderung erhoben, daß dem Völkerbundsrat die Nachmittage in die Hand gegeben werden müssen, ähnliche Vorschläge nach dem Vorbild Locarno's vorzuschlagen und womöglich auch durchzuführen. Mit anderen Worten also soll dem Rat die Möglichkeit gegeben werden, aus eigenem Ermessen, dann wenn er es für notwendig hält, locarnoähnliche Verträge in irgendeinem Teile von Europa a. B. im Verhältnis Deutschland-Polen durchzuführen. Die Untergründe dieser Forderung sind nicht schwer zu erkennen. Sie entspringen durchaus der französischen Denkart, womit schließlich alles gesagt ist. Auf eine lesbare Form gebracht lautet diese Anregung der französischen Gruppe: Deutschland will die Sicherheit, also muß es auch die Durchführung der Sicherheit gesellen. Dieser Forderung ist vom deutschen Standpunkt aus entgegenzusetzen, daß es der Befriedigung Europas nicht dienlich sein könnte, wenn solche sogenannten regionale Verträge unter einem ausgedehnten Zwang anzuhandeln. Eine Mitwirkung des Rates zur Durchführung solcher regionalen Verträge sei gewiß sehr wünschenswert, aber nur dann, wenn der Rat von den beiden in Frage kommenden Parteien um seine Vermittlung gebeten würde. Dieser deutsche Standpunkt ist im Genfer Sicherheitskomitee nicht sofort geblieben. Aus den bisherigen Erklärungen der Delegierten Kanadas und Argentiniens läßt sich entnehmen, daß beide Staaten bei dieser Auffassung Deutschlands teilen. Sehr beachtenswert ist die Stellungnahme Englands. Der Londoner Delegierte wendet sich zwar entschieden gegen die Initiative des Rates in allen Fragen der Sicherheits- und Vergleichsverträge. In der Frage der regionalen Verträge dagegen glaubt England auf die Initiative des Rates nicht verzichten zu können. Dieser sehr britische Standpunkt ergibt sich aus der Tatsache, daß England selbst für den Abschluß sogenannter regionaler Verträge nicht in Frage kommt, also höher ist, daß die Initiative des Rates in dieser Frage sich niemals gegen die englischen Interessen wenden wird. Andererseits erhält England, das ja schließlich im Rat eine große Rolle spielt, auf Grund einer solchen Initiative des Rates die Möglichkeit, nach Belieben selbst in das Interessensgebiet anderer Nationen einzugreifen. Diese englische Position ist sehr brüchig. Sie läßt sich schon durch den Hinweis erschüttern, daß das, was regionalen Verträgen aufgegeben wird, auch Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge recht und billig sein muß. Die Gegenfrage über diese Frage sind im Augenblick derart unüberbrückbar, daß in absehbarer Zeit mit einem Kompromiß, von einer Einigung ganz zu schweigen, nicht gerechnet werden kann. Vermutlich wird sich der Genfer Sicherheitsausschuß mit der Formulierung irgendeiner nichtisabenden Erklärung, die alle Streitpunkte offen läßt, aus der Verlogenheit zu ziehen versuchen.

Die deutsche Delegation nach Genf abgereist.

Berlin. (Privatinformation.) Der Teil der deutschen Delegation für die Tagung des Völkerbundsrates, der sich in Berlin aufstellt, ist gestern abend gegen 1/9 Uhr nach Genf abgereist und zwar Geheimrat von Dr. Frick, der die Danziger Fragen bearbeitet, Gesandter von Freising, dessen Arbeitsgebiet die Kulturangelegenheiten umfaßt,

außerdem Geheimrat von Friedberg für die Sozialfragen und der Reichspresschef Dr. Sechlin, sowie Delegationsrat Reichhammer.

Reichsminister Dr. Stresemann und Staatssekretär von Schubert werden bekanntlich von der Riviera direkt nach Genf reisen. Chamberlain wird heute zur Sitzung des Völkerbundsrats nach Genf abreisen. Der Minister, der von seinem Privatsekretär Bassford Selby und B. Covenhill Remind von der Völkerbundsabteilung des Foreign Office begleitet werden wird, gedenkt, am 11. März zurückzukehren, um bei der Ankunft des albanischen Botschafters in London zu sein.

Der Minister des Äußeren Salfer und die polnische Delegation für die Genfer Ratstagung sind gestern abend abgereist.

Der Minister des Äußeren Marinko wird in der Nacht nach Genf abgereist. Die Beratungen betonen die Wichtigkeit der bevorstehenden Ratstagung für alle Fragen, die die Beziehungen Jugoslawiens mit Italien und Ungarn betreffen.

Die Danziger Delegation für Genf.

Genf. (Telefont.) Zu der am 5. März beginnenden Tagung des Rates des Völkerbunds in Genf haben sich als Delegierte der Freien Stadt Danzig nach Genf begeben: der Präsident des Senats Dr. Sahn, Senator Dr. Volkman, Senator Dr. Kammner und Delegationsrat Dr. Herber. Auf der Tagesordnung des Rates steht von Danziger Seite nur die Entscheidung des Haager ständigen internationalen Gerichtshofes über das Lagerrecht der Danziger Eisenbahnen. Außerdem wird die Danziger Delegation mit dem Finanzkomitee des Völkerbunds Fragen des Danziger Staats und der Danziger Beamtenbesoldung besprechen.

Die Arbeiten des Redaktionskomitees.

Genf. Im Redaktionskomitee des Sicherheitsausschusses hat man sich gestern abend in Bezug auf die guten Dienste, die der Rat an dem Abschluß von Schieds- und Vergleichsverträgen wie auch von regionalen Sicherheitsverträgen soll zur Verfügung stellen können, auf eine Formel geeinigt, die zwar in ihrem eigentlichen Wortlaut noch nicht feststeht, aber, wie verlässlich verlautet, der deutschen Auffassung Rechnung trägt. Diese Formel wird in deutscher Fassung sowohl den Vertragspartnern als auch den Vergleichsverträgen als auch den Modellverträgen über regionale Sicherheitsabkommen beigegeben werden. Außerdem wurden heute die Vertragspartnern zu Schieds- und Vergleichsverträgen vom Redaktionskomitee angenommen. Das Sicherheitskomitee wird in seiner nächsten auf Montag nachmittag angeordneten Sitzung dazu Stellung nehmen. Es sind in vier Kapitel eingeteilt, von denen 10 Artikel von insgesamt 37 das Vergleichsverfahren betreffen. Die Vertragspartnern für die regionalen Sicherheitsverträge sollen vom Dreierausschuß der Juristen morgen aufgestellt und vom Redaktionskomitee Montag vormittag angenommen werden, so daß am Montag nachmittag das Gesamtergebnis dieser Tagung vorgelegt werden kann.

Zur Weiterbehandlung der deutschen Anregungen für Vergleichsverträge hat das Redaktionskomitee des Sicherheitsausschusses beschlossen, einen Berichterstatter zu ernennen, der für ihre gründliche Prüfung bis zur nächsten Tagung einen Bericht ausarbeiten soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse der bisherigen Diskussion und der Bemerkungen, die von den Regierungen eingereicht werden könnten. Der Berichterstatter hat die Aufgabe, die außerordentlich große Bedeutung der deutschen Anregungen, die zur Verwirklichung der friedensfördernden Maßnahmen geeignet seien.

Stillelegung großer Berliner Metallbetriebe.

Zunächst 40000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungslos.

Berlin. (Zuspruch.) Der Verband Berliner Metallindustrie teilt mit, daß heute die Betriebe der Siemens u. Halske A.G., der Siemens-Schuckertwerke, der Bergmann-Elektrizitätswerke und der Wix u. Genes A.G. fernab am Montag die Betriebe der Deutschen Telefonwerke und der Lorenz A.G. stillgelegt werden.

Am Montag nachmittag wird die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrie eine Sitzung abhalten, um zur Lage Stellung zu nehmen.

Dieser teilten auch die Siemens-Werke mit: Die getroffenen Verfügungen im Schlichtungsverfahren Groß-Berlin zur Beilegung des Streits der Werkzeugmacher der Siemensfirmen haben zu keiner Verständigung geführt, da der Metallarbeiterverband den vom Herrn Gewerkschaftsrat abgelehnt.

Da der Streit der Werkzeugmacher sich bereits 8 Tage lang hinzieht, ist der Hauptteil der Betriebe der Siemens-Werke heute mittag zum Erliegen gekommen. Teilweise

musste infolge Fehlens von Material bereits gestern damit begonnen werden, einzelne Abteilungen anzulassen zu lassen. Die Stillelegung ist keine Ausperrung, sondern eine nicht abwendbare Folge der gewerkschaftlichen Politik, gerade die Werkzeugmacher aus den Betrieben zu ziehen.

Es ist zur Zeit nicht zu übersehen, wie viele Personen von Montag früh ab nicht mehr beschäftigt werden können. Es dürfte sich ungefähr um etwa 40000 Arbeiter und Arbeiterinnen handeln.

Die Bergmann-Elektrizitätswerke teilen mit, daß von ihren Betrieben der kleinere Teil heute, der Rest am Montag stillgelegt wird.

Weitere Stillelegung.

Berlin. (Zuspruch.) Die Betriebe der Deutschen Telefonwerke und Kabelindustrie A.G. werden am Dienstag stillgelegt, wozu 10000 Arbeiter betroffen werden.

tarischen Stand bewahren wird, wenn auch die polnischen nationalistischen Parteien und auch die Regierung selbst alles versuchen, um diese Wählermassen der Widerheiten einzuschüchtern.